

E- und G-Parteien: Für alle etwas

Die GLP ist in der Wirtschaftspolitik liberaler und in der Migrationspolitik restriktiver als die Grünen. Diese hegen wenig Sympathie fürs Sparen beim Staat. Gross ist die Differenz von EDU und EVP in der Aussen- und in der Migrationspolitik.

MARTIN KNOEPFEL

FRAUENFELD. Die Grünen und die Grünliberalen weisen markante Unterschiede im politischen Profil aus. Das zeigt sich, wenn man die Smartspider-Grafiken der beiden Parteien vergleicht. Sie wurden aufgrund der Aussagen der Grossratskandidaten erstellt (siehe Kästen).

Unterschiede bei der Migration

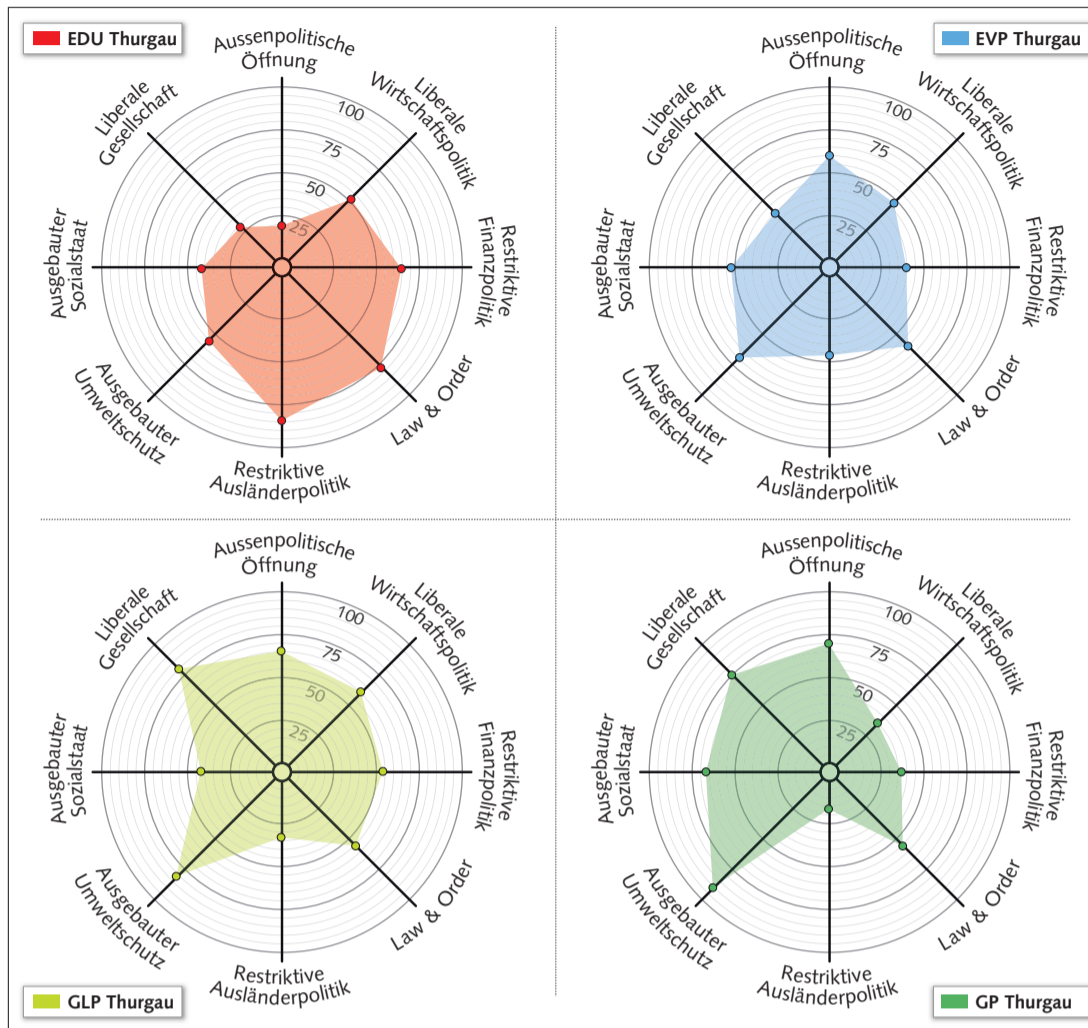
Klare Unterschiede zwischen den Parteien gibt es in der Frage, ob eine restriktive Migrationspolitik sinnvoll ist. 15 Punkte bei den Grünen und 35 bei den Grünliberalen lautet die Bilanz der Smartvote-Auswertung.

Deutlich sind die Differenzen der beiden Parteien ebenfalls in der Wirtschafts-, der Finanz- und der Sozialpolitik. Dem Ausbau des Sozialstaats stehen die Grünliberalen viel kritischer gegenüber als die Grünen. Diese wiederum wollen nichts von einer restriktiven Finanzpolitik (35 Punkte) wissen. Mit einer liberalen Wirtschaftspolitik haben die Grünen mit einem Median von 35 Punkten ebenfalls nichts am Hut, während die Hälfte der GLP-Kandidaten dieser Forderung 60 Punkte und mehr gibt.

Mehr Umweltschutz ist eine Forderung, die erwartungsgemäss beiden Parteien am meisten am Herzen liegt. Den Grünen (90 Punkte) ist das jedoch wichtiger als der GLP (80). Eine offene Aussen- und eine liberale Gesellschaftspolitik sind Anliegen, die die beide Parteien ähnlich stark befürworten. Fast gleich ticken die Kandidaten der Grünen und der Grünliberalen, wenn es um Recht und Ordnung (Law & Order) geht. Je rund 55 Punkte beträgt der Median.

Ähnliche Haltung zu Wirtschaft

Aufschlussreich ist auch der Vergleich der Smartspider der bei-



Wahlempfehlung errechnen lassen

Smartvote ist eine Online-Wahlhilfe. Die TZ ist Medienpartner. Kandidaten können bei Smartvote online einen Fragebogen ausfüllen. Die Antworten sind im Internet einsehbar. Sie bilden die Basis für die Smartspider. Zudem können Wähler mit der Option Wahlempfehlung selber einen

Fragebogen ausfüllen. Der Computer errechnet, welchen Kandidaten sie politisch nahe stehen. Die Zahlen in den Smartspider genannten Grafiken geben jeweils an, wo der Median der Antworten auf die einzelnen Fragen liegt. Ein Beispiel: Die Hälfte der grünen Kandidaten für den Grossen Rat gibt dem Ausbau des Umwelt-

schutzes weniger als 90 Punkte. Die andere Hälfte spricht dieser Forderung mehr als 90 Punkte zu. Das Maximum sind 100 (starke Zustimmung) und das Minimum null Punkte. Das heisst Ablehnung. (mkn)

www.thurgauerzeitung.ch/nachrichten/wahlen/tg/

den evangelischen Parteien, der Evangelischen Volkspartei (EVP) und der Eidgenössischen Demokratischen Union (EDU). Die beiden Parteien erscheinen ziemlich komplementär. Markant ist der Unterschied zwischen ihnen bei der Frage, ob die Aussenpolitik offener sein soll. Die Hälfte der EDU-Kandidaten gibt dieser Forderung 20 von 100 Punkten, die andere Hälfte mehr. Die SVP hat ähnliche Werte. Bei der EVP liegt die Schwelle bei 60 Punkten. Fast so gross ist der Unterschied zwischen EVP und EDU in der Migrationspolitik. Hier ist die EDU viel restriktiver, was mit Abstrichen auch für die Finanzpolitik gilt.

Bei der Forderung nach Recht und Ordnung findet man die EDU mit 75 Punkten in der Nähe der SVP, während der Median bei der EVP 60 Punkte ist. Fast deckungsgleich sind die beiden Parteien dagegen in der Wirtschaftspolitik (je rund 50 Punkte, zum Vergleich: 75 bei der FDP). Hier sind sie auch nicht allzu weit von der SP (40). Der Ausbau des Umweltschutzes und mehr Sozialstaat sind Forderungen, die bei der EDU weniger populär sind als bei der EVP. Von einer liberalen Gesellschaft halten beide Parteien nicht sehr viel.

Wenige Antworten der BDP

Der Smartspider für die BDP ähnelt recht stark dem der CVP. Grosse Unterschiede gibt es nur in der restriktiven Migrationspolitik, die der BDP wichtiger ist, und bei der offenen Aussenpolitik. In der Migrationspolitik und bei der Forderung nach Recht und Ordnung liegt die BDP nahe bei der SVP. In der Wirtschaftspolitik sind die Kandidaten beider Parteien fast auf der gleichen Linie. Allerdings ist die Smartspider-Grafik der BDP nicht repräsentativ, da zu wenig Kandidaten den Fragebogen ausfüllten. Nicht berücksichtigt wurden die Jungparteien.

Steuererklärung per Internet kommt

Der Kanton Thurgau führt die Online-Steuererklärung auf 2013 definitiv ein. Die Steuerpflichtigen werden allerdings nicht um einen Postversand herumkommen.

FRAUENFELD. Immer wieder hatten Steuerzahlende und Treuhänder gewünscht, die Steuerdaten online an die Steuerverwaltung übermitteln zu können. Jakob Rüttsche, der Chef der Steuerverwaltung, hatte dies in Aussicht gestellt (die TZ berichtete), jetzt ist der Entscheid gefällt. Die Online-Steuererklärung kommt definitiv auf 2013. Wer seine Steuererklärung mit Hilfe der Steuer-CD Fisc oder mit einer anderen Software ausfüllt, kann die Daten elektronisch übermitteln. Datenschutz und Datensicherheit seien gewährleistet, sagt Rüttsche.

Schafft der Kanton Thurgau diese Möglichkeit nicht zu spät? Andere Kantone wie St. Gallen waren mit der Online-Steuererklärung schneller, Zürich in sieben Pilotgemeinden mit Erfolg, wie die dortige Steuerverwaltung meldet. Fast 5000 Online-Steuererklärungen gingen bisher in den Zürcher Versuchsgemeinden ein.

Hoher Anteil mit Steuer-CD

Rüttsche weist die Kritik zurück. Im Gegensatz zu den anderen Kantonen habe der Thurgau die Steuer-CD Fisc bereits 1999 eingeführt, 76 Prozent der Steuerpflichtigen füllen ihre Steuererklärung inzwischen auf diesem Weg aus, drucken die Formulare anschliessend aus und senden sie mit allen Unterlagen ans Steueramt. Diese hohe Beteiligung habe den Druck reduziert, rasch eine Online-Steuererklärung einzuführen, erklärt Rüttsche.

Unterschrift ist weiter nötig

Dazu kommt, dass auch mit der Online-Steuererklärung weiterhin ein Versand nötig sein wird. Die Steuerpflichtigen müssen ein Quittungsfile ausdrucken, es unterschreiben und zusammen mit der Original-Steuererklärung dem Steueramt einreichen. «Die persönliche Unterschrift ist zur Beglaubigung der Angaben notwendig», sagt Rüttsche. (hal)

Tele-D-Gründer ausgezeichnet

DIESSENHOFEN. Der Gründer und Chef des Regionalsenders Tele D, Peter Schuppli, erhält für sein langjähriges Engagement den «Swiss Re Milizpreis 2012». Der Preis wird seit dem Jahr 2001 vom weltweit zweitgrössten Rückversicherer Swiss Re verliehen, um das professionelle Engagement von Personen in der Freiwilligenarbeit zu würdigen. Der Preis



Archivbild: Nana do Carmo
Peter Schuppli

wird jährlich ausgerichtet und ist mit 40 000 Franken dotiert.

Peter Schuppli wird für sein grosses Engagement für Tele D ausgezeichnet. Der Sender berichtet seit 27 Jahren über die Kantone Thurgau, Schaffhausen und Teile St. Gallens, alle Mitarbeiter sind ehrenamtlich tätig. (red.)

Schütz: KMU-Vertreter wählen

Mehr Gewerbevertreter im Grossen Rat und neue Strassen: Dafür hat Peter Schütz als Präsident des Thurgauer Gewerbeverbandes appelliert.

MARTIN SINZIG

WEINFELDEN. Die 120. Delegiertenversammlung des Thurgauer Gewerbeverbandes (TGV) brachte 175 Vertreter aus 42 Sektionen sowie mehr als 100 Gäste aus Wirtschaft und Politik zusammen. In seinem traditionellen Grusswort ermutigte Regierungspräsident und Volkswirtschaftsdirektor Kaspar Schläpfer, trotz aller Unsicherheiten zuversichtlich zu bleiben.

Schläpfer: «Uns anstrengen»

Nach turbulenten Jahren mit verschiedenartigen Krisen gehe es dem Thurgau gut. «Damit es gut weitergeht, müssen wir uns aber alle anstrengen», betonte Schläpfer. In den Vordergrund stellte er einen ausgeglichenen Staatshaushalt und die Strassenprojekte, über die das Volk im September befinden wird. Gegen die Bodensee-Thurthal- und die Oberland-Strassen sei eine starke Opposition voraussehbar, räumte der Volkswirtschaftsdirektor ein. Gleichzeitig appellierte er an die Gewerbetreibenden, dafür einzustehen.

Schütz: Gegen Linksrutsch

«Wir brauchen diese Strassen dringend», doppelte TGV-Präsident Peter Schütz in seiner Standortbestimmung nach. Es müsse gelingen, den volkswirtschaftli-



Bild: Kirsten Oertle/Foto Prima
Wirken neu im Vorstand: Angela Haltiner und Ruedi Bartel.

chen Nutzen in den Vordergrund zu stellen und die Interessen für dieses Jahrhundertprojekt zu bündeln. «Helfen Sie mit, dass wir die Abstimmung gewinnen.»

Sorgen bereite ihm der Linksrutsch des eidgenössischen Parlaments, erklärte Schütz. Auf kantonalen Ebene setze sich der TGV für gewerbefreundliche Kandidaten ein. Es gelte, mehr Gewerbetreibende und KMU-Vertreter in den Kantonsrat zu bringen. Der von linker Seite ausufernden Regulierung und Geldverteilung sei Einhalt zu gebieten.

Erneuerung im Vorstand

Einstimmig in den Vorstand des TGV gewählt wurden Ruedi Bartel aus Balternwil und Angela

Haltiner aus Münchwilen. Ruedi Bartel ist designierter Präsident von Gastro Thurgau und ersetzt Rainer Britt, der nach neunjähriger Tätigkeit im Kantonalvorstand ehrenvoll verabschiedet wurde. Angela Haltiner ist Baukauffrau und Mitglied der Geschäftsleitung der Haltiner Bauunternehmen AG, Münchwilen/Tobel.

Diese Ersatz- und Zuwahl in den Vorstand seien ein erster Schritt zur Erneuerung der Thurgauer Gewerbespitze, sagte der TGV-Präsident Peter Schütz. In einem Jahr werden drei weitere Demissionen folgen, nämlich diejenige von Peter Schütz, von Vizepräsidentin Brigitte Kaufmann-Arn und von Vorstandsmitglied Notker Brandes.

Fachberatung für Aufsicht der Katecheten gewünscht

Die Synode der Evangelischen Landeskirche Thurgau konnte auch im zweiten Anlauf die Teilrevision der Verordnung «Kirche, Kind und Jugend» noch nicht verabschieden.

FRAUENFELD. Die breite Diskussion über die Fachaufsicht für den Religionsunterricht und über Zulassungsvoraussetzungen für die Konfirmation dauert an. Als Laienbehörden sind viele Kirchenvorsteherchaften mit der Fachaufsicht über die von ihnen angestellten Katechetinnen und Katecheten überfordert. Obwohl diese Ansicht nicht bestritten wurde, äusserten mehrere Synodale die Befürchtung, dass die vom Kirchenrat beantragte Schaffung einer Fachaufsichtsstelle, im Sinne eines Inspektorats für den Religionsunterricht, die Aufsichtspflicht der Kirchenbehörden unzulässig beschneiden würde.

Nach intensiver Diskussion folgte die Synode dem Antrag von Pfarrer Daniel Kunz, Matzingen, dass der Kirchenrat die örtlichen Behörden in ihrer Fachaufsicht unterstützt und eine dafür vorgesehene Stelle bezeichnet. Ergänzend zur Beurteilung nach pädagogisch und methodisch-didaktischen Gesichtspunkten, folgte sie dem Antrag von Susanne Dschulnigg, Kreuzlingen, wo-

durch der Kirchenrat für geeignete Fachberatung zu sorgen habe. Die bestehende Beratungstätigkeit für Berufsanfänger durch das landeskirchliche Amt für Katechetik bleibt davon unberührt. Entsprechend dem Antrag von Pfarrer Andreas Gäumann, Steckborn, wurde der Geltungsbereich von Aufsicht und Beratung auf Privat- und Sonderschulen ausgedehnt.

Für Brisanz sorgte die Frage, welche Zulassungsvoraussetzungen zur Konfirmation als verbindlich gelten sollen. Von Lösungsansätzen, wie den Besuch des Religionsunterrichts in der Unter- und Mittelstufe als freiwillig zu erklären, hält Pfarrer Hansruedi Vetsch, Frauenfeld, nichts. Er sieht in einer verbindlichen Lösung auch einen Schutz für Eltern und Kinder vor Entscheidungsdruck und Gruppenzwang. Pfarrer Markus Aeschlimann, Frauenfeld, beantragte, dass für die Zulassung zur Konfirmation nur der Besuch der neu gesamthaft auf mindestens vier Jahres festgesetzten Unterrichtslektionen entscheidend ist.

Die Mehrheit folgte jedoch dem Antrag von Pfarrer Peter Keller, dass der Besuch aller Jahreslektionen bindend ist, unabhängig davon, ob eine Kirchengemeinde ihr Religionsangebot über die Mindestjahreslektionen hinaus zusätzlich ausbaut. (pd/red.)